

Presseinformation

25.6.2003

Sparopfer Entwicklungspolitik Senat stellt Förderung des Eine Welt Netzwerks Hamburg ein

Das **Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.**, der Dachverband von 73 entwicklungspolitischen Vereinen und Initiativen, fordert Transparenz, Beteiligung der AkteurlInnen und ein Umdenken in der Neuausrichtung der Entwicklungspolitik des Senats.

Neben einer grundsätzlichen Neukonzipierung des Bereichs Entwicklungspolitik durch die Senatskanzlei, die unseres Erachtens die alten Diskussionen der 70er und 80er Jahre von einseitiger Entwicklungshilfe und nicht die aktuellen Diskussionen um internationale Strukturpolitik aufgreifen, stehen gravierende finanzielle Veränderungen im Raum.

Der geplante Haushalt in diesem Bereich sieht vor, dass die institutionellen Förderungen von zwei langjährig qualifiziert arbeitenden Organisationen, dem Eine Welt Netzwerk Hamburg und der Weltweiten Partnerschaft, gestrichen werden.

Dies heißt zum einen, dass einer kontinuierlichen Beratung, Qualifizierung, Vernetzung und Stärkung des entwicklungspolitischen Bereichs in Hamburg der Garaus gemacht wird. Zum anderen liegt die Vermutung nahe, dass Entwicklungspolitik, verstanden als Querschnittspolitik, in dieser Stadt nicht erwünscht ist. Entwicklungspolitik wird in diesem Denken immer mehr zur Außenwirtschaftsförderungspolitik. Unserem Anspruch von Eine Welt Politik, die alle Fragen betrifft, die sich im Zusammenhang mit der globalen Verflechtung unserer Lebensbereiche stellen, wird sie so nicht gerecht. Direkte Entwicklungszusammenarbeit mit PartnerInnen in Ländern des Südens reicht unseres Erachtens von Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik, Umweltpolitik bis zu Fragen des Zusammenlebens mit Menschen aus Ländern des Südens hier bei uns.

Auf eine Beschlussvorlage des Entwicklungspolitischen Beirats vom 16.5.2003 an den Bürgermeister Ole von Beust, der den Senat in entwicklungspolitischen Fragen beraten soll und ausdrücklich auf diesen Sachstand hingewiesen hat, wurde bis heute nicht reagiert.

Wie sollen und können wir das Schweigen interpretieren? Soll nach anderen schon einseitig kaputtgesparten Bereichen (z.B. Soziales, Weiterbildung) auch die Entwicklungspolitik in der Versenkung verschwinden?

"Wir fordern den Senat deshalb auf seine Entscheidung rückgängig zu machen und in einen Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft einzutreten.", so Anke Butscher, Geschäftsführerin des Eine Welt Netzwerks Hamburg.

Weitere Informationen:

Anke Butscher und Renate Grunert, Tel. 040-358 93 86